

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 107 (2013)
Heft: 5

Artikel: Politik und Ethik, Politik und Moral : ein "frommer Wunsch"?
Autor: Leuenberger, Moritz / Stocker, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-390432>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Moritz Leuenberger, alt Bundesrat,
und Monika Stocker

Politik und Ethik, Politik und Moral – ein «frommer Wunsch»?

Die Vision vom guten Leben für alle steht in (fast) allen Verfassungen, Parteiprogrammen und Leitbildern. Das ist aber schnell gesagt respektive geschrieben. Wenn es konkret wird, wenn der Entscheid ansteht, das Gesetz festgeschrieben wird und vom Politiker, der Politikerin die konkrete Handlung verlangt wird, dann steckt der Teufel bekanntlich im Detail, dann wird es schwierig. Wie ist damit umzugehen?

Einer, der solche Prozesse immer wieder erlebt (und erlitten) hat und darüber redet, schreibt, Vorlesungen hält und debattiert, ist Moritz Leuenberger, Bundesrat von 1995–2010. Monika Stocker fragte nach.

1.

Ethik und Politik, Moral und Politik sind Themen, die auftauchen, erläutert werden und dann – so hat man oft den Eindruck – im Alltag halt verschwinden. Wo und wie lassen sich Ethik und Moral überhaupt im politischen Alltag umsetzen und leben?

Wir glauben alle sehr viel mehr an Moral, als wir es wahrhaben wollen. Moral ist ja nichts Frommes. Sie bestimmt die Regeln für richtiges Verhalten, ist ein Überbegriff für soziale Normen. Solche Regeln wollen alle, ob sie links oder rechts stehen, ob religiös oder weltlich.

Die Einzelentscheide, die wir dann im Beruf, in der Politik oder privat fällen, treffen wir nach ethischen Abwägungen, was richtig und was falsch ist. Nachhaltigkeit ist also ein moralisches Gebot, nämlich die Erde unserer Nachwelt zu erhalten. Ob Erdgas in Kauf zu nehmen sei, um aus der Atomenergie auszusteigen, ist ein ethischer Entscheid. Jede Politik baut auf Moral auf, und jeder Einzelentscheid ist ein ethischer. Moralische Regeln in Präambeln, in einer Verfassung oder in einem Parteiprogramm können mehr oder weniger klar, aber es gibt nie einfache konkrete Lösungen. Es gibt allerdings Vorgehensweisen, wie wir unser Gewissen befragen und schärfen können. Meist wird Moral mit einer guten Ordnung gleichgesetzt, also positiv bewertet, aber Moral als Begriff ist wertfrei. Es gibt die Moral des freien Marktes wie die Moral der Solidarität.

Neue Moralvorstellungen über die Fristenlösung oder die Homosexualität lösen alte moralische Vorurteile ab und beeinflussen die künftigen Gesetze. Durch die Annahme der Abzockerinitiative verdichtete sich eine moralische Haltung zu einem Verfassungstext. Die Vorstellungen von Gut und Böse wandeln sich und mit ihnen die Moral.

Moral, also die Befolgung sittlicher Normen, die nicht zwingend auch Gesetz sein müssen, ist Bestandteil unseres Verständnisses von Demokratie, also

Bestandteil der Politik. Deswegen ist bei uns das Vertrauen in das Verhalten des Bürgers und der Bürgerin oder in die Selbstregulierung einer Branche ein gesetzgeberisches Prinzip. Entsprechend ist die schweizerische Gesetzgebung aufgebaut.

Treu und Glauben werden als Grundlage zwischen den Menschen umfassend etabliert. Dies kommt gesetzgeberisch in der sogenannten Freiwilligkeit zum Ausdruck. Ihr folgen Zwangsmassnahmen mit strafrechtlichen Sanktionen, um diese Moral zu festigen. Das finden wir im Zivilrecht, im Bankenwesen oder im Umweltrecht. Funktioniert die Freiwilligkeit nicht mehr, folgen gesetzliche Regulierungen. Ein Übergang von der moralischen zur gesetzlich verbindlichen Norm ist in England im Medienrecht zu beobachten: Der Presserat, der bisher eine freiwillige Institution der Branche war, erhält nun einen staatlichen Rahmen. Die Eigenverantwortung wurde ungenügend vorgenommen; es kam zu den Abhörskandalen der Boulevardjournalisten, und jetzt wird die Schraube Richtung Verbindlichkeit angezogen. Der Masslosigkeit folgen Massnahmen. Das versucht die 1:12-Initiative.

2.

Der Politiker, die Politikerin hat Macht. Er oder sie kann also, wenn er oder sie nur will. Das stimmt so ja wohl kaum. Viele Einflussfaktoren, «Sachzwänge», Widerstände stehen dem entgegen. Wie kann man sich «richtig» entscheiden? Was hilft, was hilft nicht?

Verwechseln wir nicht Macht und Allmacht. Macht ist nichts anderes als Einfluss, und jeder Einfluss bedeutet auch Macht, auch wenn er nur klein und mit Kompromissen verbunden ist. Wir sollen nicht immer gleich an Caesar oder Louis XIV. denken.

«Ich? Ich habe doch keine Macht», das ist ein klassischer Reflex aus den Reihen von Politik und Behörden. Als Haltung ist das nicht Bescheidenheit, son-

dern naiv und verantwortungslos. Jeder und jede hat Macht und damit Verantwortung. Welcher Entscheid ist richtig und welcher falsch? Da gilt es das Gewissen zu schärfen, am besten in der Diskussion mit anderen, und zwar mit anders Gesinnten. Ich selber stelle mir immer vor, ich müsse mich vor Gegnern, vor Medien oder vor einer PUK rechtfertigen, und versuche so, Verantwortung zu üben.

3.

Gemeinwohl ist ein altmodischer Begriff, der aber noch immer seine Bedeutung hat oder eher wohl hätte. Ist Gemeinwohl in unserer Welt überhaupt noch politisch zu gestalten?

Es gibt wohl keine Partei, ja nicht einmal ein Wirtschaftsunternehmen, das nicht überzeugt wäre, im Interesse des Gemeinwohls zu handeln. Das ist immer eine Frage der Perspektive und der Fähigkeit, über den eigenen Tellerrand hinaus zu blicken. Wer es nicht kann, ist zu abstraktem Denken nicht fähig, und man kann es ihm oft nicht einmal verübeln. Übel ist aber die Auffassung, Gemeinwohl ergebe sich ganz automatisch durch den Kampf der Einzelinteressen auf dem freien politischen Markt, also Gewerkschaften und Arbeitgeber, Mieter und Vermieter müssten einfach alle ihre eigenen Interessen wahrnehmen, und irgend ein gerechter Kompromiss ergebe sich dann schon. So wird die finanzielle Macht der Interessierten schlicht ausgeblendet. Sich für die eigenen Interessen einzusetzen, ist legitim. Doch der Kompromiss, der das Gemeinwohl mitberücksichtigt, ist unabdingbar. Und da spielen moralische Regeln durchaus eine Rolle. Sie dienen dem Funktionieren einer Gemeinschaft und sind in deren langfristigem Interesse angelegt. Dabei können Einzelinteressen und Gemeinwohl durchaus deckungsgleich sein: Mein Interesse besteht nicht bloss darin, selber heute oder morgen genügend Essen zu kriegen. Ich will auch,



Moritz Leuenberger

dass meine Kinder übermorgen noch eine dauernde und sichere Ernährungsgrundlage haben werden. Daher ist es in meinem eigenen Interesse, Äcker, Wälder und Gewässer nur soweit zu nutzen und nicht zu verschmutzen, dass sie meinen eigenen Nachkommen auch als Lebensgrundlage dienen können. Und darüber hinaus besteht mein eigenes Interesse auch darin, dass andere Menschen ebenfalls genug zu essen haben, damit es nicht zu Migration und Konflikten um Nahrung kommt, damit ich selber nicht von Wirren und Revolution bedroht werde.

Je längerfristig wir unser eigenes Interesse umschreiben, je vernünftiger wir es fassen, desto mehr brauchen wir Regeln, die auch für andere gültig, also allgemeingültig sind: Wir sind auf eine gemeinsame Moral und auf staatliche Normen angewiesen, die wir zur Sicherung unserer eigenen Anliegen anstreben.

Das ist politisch durchaus zu gestalten, allerdings in kleinen Gemeinschaften besser als in grossen. Bis sich die Welt als eine Gemeinschaft begreift und nicht als ein Kriegssplatz für Einzelinteressen, wird es wohl noch dauern. Doch geben wir dieses Ziel nicht auf! ●

WIDE Switzerland: carefree?

Dokumentation und Materialien zur Diskussion der Care-Ökonomie, Einblicke in vier Schauplätze der Care-Ökonomie: Haushalt, Gesundheits- und Pflegewesen, globalisierter Care-Arbeitsmarkt und Staatsfinanzen, Denkstoff und Handlungsimpulse für AkteurInnen der Finanz-, Wirtschafts-, Sozial-, Gesundheits- und Entwicklungspolitik. Die Arbeitsgruppe Gender&Arbeit von WIDE Switzerland hat im Anschluss an die Tagung vom Mai 2012 diese umfangreiche und anregende Dokumentation verfasst. Sie bietet eine Fülle von Fakten und Zusammenhängen. Weiterführende Literatur und wichtige Netzwerkadressen sind vermerkt. Die Mappe und deren Inhalt dürften unerlässlich werden in der Debatte um die Lebensqualität aller in einem durch und durch ökonomistischen System.

www.wide-network.ch

Vivre ensemble: Flüchtlinge – Fakten statt Vorurteile

Rechtzeitig im Hinblick auf den Referendumskampf ist eine kleine handliche Broschüre entstanden. Einfach und einprägsam hilft sie, Fakten zu benennen und Zusammenhäng zu klären. Mit ihrer besonderen grafischen Gestaltung und teilweise als «Quiz» aufgebaut kann sie wohl auch Jugendliche und «szenerferne» Menschen ansprechen.

Zu beziehen bei vivre.ensemble@asile.ch